



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 8/26 (Nr.55) am 4. Mai 2026

**Mittwoch, 13. Mai um 18 Uhr:**

# Die politisch Ungeduldige zu Gast in Saarbrücken

Die Friedensaktivistin, Politikerin und Gewerkschafterin ist am Mittwoch, 13. Mai 2026 ab 18 Uhr zu Gast beim ver.di Ortsverein Saar-Blies, der gegen das mutlose Schweigen mobilisiert. ver.di lädt herzlich zum Vortrag und zur Diskussion.



„Die Politik offener Kriegsvorbereitungen gibt den Takt für eine sozialpolitische Wende vor. Dabei zeigt sich: Wer das Völkerrecht nicht respektiert, respektiert auch Arbeits- und Gewerkschaftsrechte nicht. Der Angriff auf den Achtstundentag, Vorkasse bei Arztbesuchen oder Rente mit 73 – die Bundesregierung hat alle Denkverbote abgelegt, um ihre wahn-sinnigen Rüstungsausgaben zu finanzieren und schwingt die Abrissbirne gegen das Fundament sozialer und gewerkschaftlicher Errungenschaften.“ Das schreibt Ulrike Eifler in einem Artikel auf dem Portal etos.media unter der Überschrift „Zeit für politische Ungeduld“.

Die Welt steht in Flammen und Deutschland drängt auf eine Führungsrolle und der Aufstieg faschistischer Kräfte versetzt uns in Sorge. In dieser Situation haben wir es mit geschwächten Gewerkschaften zu tun.

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin der IG Metall und wir diskutieren mit ihr die aktuelle Lage und überlegen, was wir in dieser Situation tun sollten. Dabei wird sie auch ihr neues Buch „Gewerkschaften in der Zeitenwende“ vorstellen.

## ver.di OV Saar-Blies auf der Maidemo in Saarbrücken:

# Für Gute Arbeit, für soziale Rechte und Frieden

Am 1. Mai demonstrierten in Deutschland dieses Jahr 366.710 Menschen auf insgesamt 413 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf der gesamten Welt waren es Millionen Menschen, die diesen besonderen Tag der arbeitenden Menschen begangen, indem sie ihre Forderungen formulierten und lautstark vortrugen. Wir waren in Saarbrücken dabei.

Seit 1890 kämpft die internationale Arbeiterbewegung am 1. Mai für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und für Verkürzung der Arbeitszeiten. Unfähig, die durch die Pandemie von 2020 verschärfte Wirtschaftskrise zu bewältigen, ist die Lage für die Arbeiterbewegung sehr schwierig geworden.

Die Kriege in Palästina und im Iran, im Libanon und in der Ukraine entsetzen uns. Anstatt das Leben der Menschen zu verbessern und die Probleme der Klimaproblematik anzupacken, treiben jene, die die Macht in den Händen halten, die Menschheit erneut in den Abgrund.

Nach Angaben von Polizei und DGB beteiligten sich an der Maiveranstaltung des DGB in Saarbrücken über 4.000 Kolleginnen und Kollegen. „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ lautete das offizielle Motto des diesjährigen Maifeiertags. Die meisten gezeigten Transparente und Losungen befassten sich mit dem Sozialabbau. So kritisierte die AWO, dass man bei den Schwächsten kürzt, aber die Milliardäre verschont. „Löhne rauf, Erben runter“ brachten es die Jusos auf eine kurze Losung. Die Afa in der SPD-Saar betonte „Unser Lifestyle: Gute Arbeit, besseres Leben.“ Die IGM-Vertrauensleute thematisierten die beabsichtigten Änderungen beim Emissionshandel. Sie bewerten die Debatten um eine Reform und eine



Aufweichung des Europäischen Emissionshandels (ETS) als höchst gefährlich, da sie Grundlage für das Geschäftsmodell einer grünen Stahlindustrie sind. Die Kollegen sind in Sorge, weil das die Transformation der saarländischen Stahlindustrie gefährdet. Betriebsgruppen von der IG Metall und der ver.di trugen stolz ihre Transparente, auch grüne Gewerkschafter waren mit einem Transparent dabei, wie auch die CDA, die mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen gekommen waren. Der Saarländische Flüchtlingsrat forderte einen Stopp der Abschiebungen. Auch die verschiedenen Parteien waren von SPD über Die



Linke bis DKP und MLDP mit ihren Fahnen vertreten, auffallend viele Transparenten hatten die Mitglieder des BSW. Auch verschiedene politische Gruppen des linken Spektrums liefen den Trommeln des Samba Balawaa hinterher.



Die Gewerkschaft ver.di war dieses Jahr mit zahlreichen Fahnen und Abordnungen dabei, so sah man die Transparente des SHG Völklingen und der Uniklinik und Fahnen mit „Aufstehn für Pflege“. Wie in den Vorjahren demonstrierte der Ortsverein hinter seinem Erkennungstransparent, das die Solidarität betont. Deutlich sichtbar das Transparent „Sozial statt kriegstüchtig“

Auch ein Transparent „Gewerkschafter für den Frie-



den“ sah man neben neuen Protestschildern, die den Zusammenhang zwischen Militär und Umwelterstörung betonten und das Transparent von Pax Christi „Abrüsten statt aufrüsten“. Auch ein „mobiler Infostand“ der DFG-VdK warb angesichts der wieder eingeführten Wehrpflicht für Kriegsdienstverweigerung.

Dem Ortsverein war es wichtig, deutlich zu machen, dass Sozialabbau und Hochrüstung zwei Seiten der gleichen Medaille sind, so der Vorsitzende Rainer Tobae. Im Gespräch am ver.di-Stand nannte er die Zahl von mehr als 124.000 Stellen, die 2025 in der deutschen Industrie abgebaut werden. Geoökonomische Verwerfungen rund um den Irankrieg ließen vermuten, dass sich die Krisensymptome noch weiter verstärken. Und alle bisherigen Erfahrungen mit den



Entscheidungern in Unternehmen und Regierungen würden den Verdacht nahelegen, dass sie den Großteil der Rechnung an die arbeitende Bevölkerung weiterreichen werden. Das würde auch von den zahlreichen Politikern nicht geändert werden, die an der Maimkundgebung vor dem Saarbrücker Schloss teilnahmen, so der erfahrene Gewerkschafter. Ministerpräsidentin Anke Rehlinger war in der ersten Reihe und klatschte den Reden Beifall. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD und auch einige Minister waren zu sehen.

Die erfrischende und motivierende Moderation hatte unsere Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrates Lisette Hörig übernommen.

„Unser Ziel ist klar, es muss immer darum gehen, das Beste für die Menschen zu machen, sodass sie sich auf den Sozialstaat verlassen können. Das hat oberste Priorität“, sagte Timo Ahr, stellvertretender Vorsitzender des DGB Rheinland-Pfalz-Saarland.

Er sprach sich für steigende Renten, Tarifbindung, den Erhalt des Feiertags „1. Mai“ und mehr Steuergerechtigkeit aus. Kollege Ahr forderte eine gerechtere Verteilung. Ahr nannte es außerdem eine "Schande", dass in Deutschland wieder über den Acht-Stunden-Tag diskutiert werde.

Auch der Hauptredner Francesco Grioli von der Gewerkschaft IGBCE warf der CDU im Bund vor, den Maifeiertag abschaffen zu wollen – den Tag, an dem sie die Rechnung für ihre Pläne bekomme. Auch er rief zur Verhinderung des Sozialkahltschlages auf.

Ob es zum Widerstand in den Betrieben und auf den Straßen kommt, zeigt sich in den nächsten Monaten. ver.di Saar Blies will dazu seinen Beitrag leisten.



## Protest am 16. Mai in Kirkel:

# Statt Saar Ex - Gesundheit für uns alle

Am 16. Mai 2026 findet im Gleisbahnhof Homburg/Saar auf dem Gelände der Kirkler Firma BahnLog eine militärisch-zivile Großübung unter dem Befehl des Landeskommando Saarland statt. Geübt wird die Triage und Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser. Der Name „Saar Ex“. Die Akteure: Bundeswehr, US-Militär und zivile Blaulichtorganisationen. Der OV Saar-Blies beteiligt sich an den Protesten gegen diese Kriegsübung und ruft für diesen Samstag um 11 Uhr nach Homburg zur Protestaktion.

Der Vorstand des ver.di Ortsvereins Saar-Blies hat in einem Umlaufbeschluss am 23. April mehrheitlich beschlossen, sich an der Protestaktion der Friedensbewegung gegen die Großübung in **Homburg, Christian-Weber-Platz am 16. Mai um 11 Uhr** zu beteiligen.

Den Aufruf „Statt Militärübungen mit Kriegsverletzten - Gesundheit für uns alle!“ hat neben dem OV u.a. attac Untere Saar, IPPNW Saar, Friedensnetz Saar, Die Linke, DKP und Pax Christi unterzeichnet:

„Am 16. Mai 2026 findet in Kirkel auf dem Gelände der Firma BahnLog eine militärisch-zivile Großübung unter dem Befehl des Landeskommando Saarland statt. Geübt wird die Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser. Der Name „Saar Ex“. Die Akteure: Bundeswehr, US-Militär und zivile Blaulichtorganisationen.

Plötzlich ist der Krieg in Mitteleuropa ganz nah. Kriegsmedizin bedeutet Verknappung der Ressourcen für die zivilmedizinische Versorgung.

Die Herstellung einer weitestgehenden Militärtauglichkeit von Soldat\*innen hat Vorrang vor der Behandlung ziviler Kranker und Verletzter.

Im neuen „Operationsplan Deutschland“ geht es um die effiziente Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit von Soldatinnen und Soldaten. Die Gesundheitskräfte werden der Zivilbevölkerung dann nicht mehr in dem eigentlich notwendigen Umfang helfen können. Die Planungen sprechen von 1.000 Verwundeten pro Tag, die versorgt werden sollen, davon etwa 30% Intensivpatienten. Natürlich bleiben dann keine Kapazitäten für die normale gesundheitliche Versorgung von Zivilisten, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt.

Während unsere Region zur Kulisse für militärische Machtspiele wird, brennt es an anderer Stelle lichterloh: In unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die Übung „Saar Ex“ verdeutlicht die falschen Prioritäten der aktuellen Politik. Während Milliarden in die „Kriegstüchtigkeit“ und teure Manöver fließen- und nicht in Friedensfähigkeit, Bildung, Soziales oder Klimaschutz - , wird zudem unser



Gesundheitssystem kaputtgespart. Klinikschließungen, Personalmangel und Medikamentenengpässe gefährden unsere Sicherheit schon heute.

Unter dem Deckmantel der „Krisenvorsorge“ wird die zivile Infrastruktur für den Krieg instrumentalisiert. Wir fordern eine Stärkung des zivilen Katastrophenschutzes und eine flächendeckende medizinische Versorgung – ohne militärische Hintergedanken.

Das Saarland darf nicht zum Aufmarschgebiet werden. Wir wollen gut leben und eine wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung vor unserer Haustür in Anspruch nehmen. Wir sind für Krankenhäuser statt Raketen, für Menschen zugewandte Pflege statt Menschen vernichtende Bomben.

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das für alle da ist und zivil bleibt!

Für eine friedliche, gerechte Gesundheitsversorgung – Krisenfest statt kriegstüchtig!“



## Wartens Vorschläge uns vor den Kopf geknallt

# Keine Rettung für Beschäftigte und Patienten

**ver.di übt deutliche Kritik an den von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) vorgestellten Sparplänen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Von einem ausgewogenen Gesamtpaket kann keine Rede sein. Wir sollen die Zeche bezahlen.**

Es besteht Handlungsbedarf. Das ist kaum zu bestreiten. Es fehlen 15 Milliarden Euro, die laut Regierung ohne Reformen bis 2030 auf rund 40 Milliarden Euro anwachsen würden. Man setzte eine Gesundheitskommission ein, „selbstverständlich“ durften da die Gewerkschaften und Sozialverbände nicht dabei sein. Es gab 66 Vorschläge. Daraus machte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken Vorschläge, die in Gesetze gegossen werden sollen.



Ihr Vorschlag wurde dann ein wenig kosmetisch bearbeitet. Das Bundeskabinett will statt 19 Milliarden nun 16,3 Milliarden Euro einsparen. Die Einschnitte wurden ein wenig gemildert so kommt eine Zuckersteuer ab 2028 hinzu. Bei den Kosten für die Bürgergeldmenschen steigt nun mit lächerlichen 250 Mio. Euro ein, kürz dafür aber den Bundeszuschuss 2 Mrd. Euro jährlich. Wer rechnen kann, ist im Vorteil, belastet werden die Versicherten folglich mit 1,75 Mrd. Euro.

Es bleibt ein Sparpaket zu Lasten der Patienten und der Beschäftigten. Konkret: Zuschuss für Zahnersatz runter. Dafür Zuzahlungen rauf, in der Apotheke für verschreibungspflichtige Medikamente, auf 7,50 bis 15 Euro statt fünf bis zehn Euro. Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern soll de facto wegfallen, nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Leistungen ohne vermeintlich nachweisbaren Nutzen sollen gekürzt oder gestrichen werden: Homöopathie, Psychotherapie, Hautkrebscreens.

Dabei besteht das Problem in erster Linie nicht in den Ausgaben, sondern in den Einnahmen. So verweigert sich der Bund, endlich die versicherungsfremden Leistungen zu bezahlen. Das hat man einfach den gesetzlich Versicherten aufgelastet, wohl gemerkt die privat Versicherten zahlen nichts. So kostet allein die Absicherung von Grundsicherungsberechtigten (Bürgergeldempfänger) 12 Mrd. Euro.

Man kann so etwas einfach auch Betrug an den gesetzlich Versicherten nennen.

„Die Kürzungen bei den Krankenhäusern, der Bezahlung von Pflegekräften und anderen Beschäftigten gefährden massiv die Versorgungsqualität,“ betonte unser Bundesvorsitzender Frank Werneke.

Ein massiver Rückschritt sei die geplante Deckelung des Pflegebudgets: Die Ausgaben für das Pflegepersonal sollen künftig nicht stärker wachsen als die Einnahmen der Krankenversicherung. Die Refinanzierung von Tariferhöhungen in Kliniken soll ebenfalls beschnitten werden. „Das würde zum Abbau von Personal führen, das die Kliniken für eine gute Versorgung dringend brauchen“, kritisierte Werneke. „Dass sich die Personalausstattung und die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern verbessern müssen, war eine zentrale Erkenntnis aus der Corona-Pandemie. Hier eine Rolle rückwärts zu machen, wäre fatal.“ ver.di sei für die Weiterentwicklung des Pflegebudgets durchaus offen, betonte Werneke, diese müsse sich aber am Pflegebedarf orientieren, nicht an finanziellen Kennzahlen. Kritik übte er zudem an der geplanten Streichung der sogenannten Meistbegünstigungsklausel, die die finanzielle Lage der Krankenhäuser weiter verschärfen würde.

Höhere Zuzahlungen und Kürzungen beim Kranken-





geld lehnt die Gewerkschaft ebenfalls klar ab. „Das trifft besonders Geringverdienende und ist sozial ungerecht. Die paritätische Finanzierung wird weiter aufgebohrt, Versicherte einseitig belastet, während die Arbeitgeber aus der Verantwortung gelassen werden“, so Werneke. Zudem finde sich die Reduzierung

schläge bedeuten nichts anderes als ein staatlich veranlasstes Kliniksterben“, sagte Verbandschef Gerald Gaß. Die Chefin des AOK-Bundesverbands, Carola Reimann, nannte es unausgewogen, dass wohl mehr als ein Drittel der angepeilten Einsparungen von den Beitragszahlern kommen solle. DAK-Vorstandschef Andreas Storm findet es unakzeptabel, dass der Staat sich nicht an Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen beteiligt.

„Die Quasi-Abschaffung der beitragsfreien Familienversicherung ist ein völlig falsches Zeichen“, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier. Eine Abschaffung würde soziale Härten bringen und eben diese Familien besonders belasten, erklärte Engelmeier.

Die Kostensenkung ist eine Kostenverschiebung – zulasten von Privathaushalten und Versicherten. Besonders betroffen: Alte, Kranke und die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Das heißt auch: Die Qualität der Patientenversorgung spielt keine Rolle. Schon gar nicht bei Pflegebedürftigen (Stichwort: Eigenanteile).

Dabei liegen Rezepte längst auf dem Tisch. Alle Einkünfte für die GKV heranziehen: Kapitalerträge, Mieteinnahmen. Ran an die Renditen der Pharmakonzerne – Übergewinne in die Kasse der Kassen. Versicherungsfremde Leistungen wie der KV-Beitrag für Grundsicherungsberechtigte aus Steuermitteln. Die Beitragsbemessungsgrenze muss fallen und nicht nur leicht angehoben werden. Und Eine solidarische Vollversicherung – ohne Ausnahmen. Das würde ich mal eine Reform nennen, aber damit würde man ja die Zweiklassenmedizin bekämpfen.



der Mehrwertsteuer auf Medikamente, die angemessen wäre, nicht unter den Maßnahmen.

„Wer die Krankenversicherung nachhaltig sanieren will, muss auch auf die Einnahmeseite schauen. Hier liegen viele, sozial gerechte Möglichkeiten auf dem Tisch“, betonte Werneke. „Zum Beispiel eine gerechtere Beteiligung höherer Einkommen durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.“

Auch die Krankenhausgesellschaft warnte vor einem Kliniksterben. Die Pläne seien maßlos, realitätsfern und brandgefährlich für die Versorgung. „Diese Vor-

**Anmeldung bis zum 12. Mai möglich**

# Mit dem ver.di-Bus nach Hannover zur Konferenz der Gesundheitsminister

ver.di fährt zum 9. und 10. Juni zur Konferenz der Gesundheitsminister\*innen um in Hannover für eine verlässliche Finanzierung von Gesundheit & Pflege zu demonstrieren. Wer mitfahren will, muss sich jetzt anmelden.

Einmal im Jahr treffen sich die Landesgesundheitsminister mit der Bundesgesundheitsministerin zu einer Tagung. In der Regel ist dann auch ver.di vor Ort um ihre Vorstellungen vorzutragen. Dieses Jahr trifft man sich in Hannover. Und dieses Jahr ist der Protest besonders wichtig.



Nachdem die Bundesgesundheitsministerin Nina Warken am 14. April ihre Vorschläge zur GKV-Stabilisierung vorgelegt hat, muss es jeder Gewerkschafterin und Gewerkschafter klar sein, dass es jetzt ans Eingemachte geht. Deswegen war der Widerstand dagegen noch nie so wichtig wie heute.

Die Qualität der Gesundheitsversorgung steht und fällt mit den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Gerade in der Pflege zeigt sich seit Jahren: Personalmangel und hohe Belastung gefährden die Versorgung. Statt an Personal und Ausstattung zu sparen, braucht es verbindliche Personalstandards und eine verlässliche Finanzierung. Eine gute Gesundheitsversorgung ist nur mit ausreichend Personal möglich. Daher lehnt ver.di die Abschaffung des Pflegebudgets ab.

Die vollständige Refinanzierung der Pflegepersonalkosten war ein entscheidender Erfolg für bessere Arbeitsbedingungen unserer Entlastungsbewegung in den Krankenhäusern. Das Pflegebudget jetzt abzuschaffen, ist mehr als fahrlässig. Damit werden die Erfolge der letzten Jahre, den verantwortungsvollen und wichtigen Beruf der Pflege attraktiver zu machen, gefährdet.

Die gültigen Pflegepersonaluntergrenzen sind keine Alternative. Diese Untergrenzen sind nur eine untere Haltelinie, damit Patientinnen und Patienten im Krankenhaus durch fehlendes Personal nicht auch noch gefährdet werden.

Für ver.di ist klar: Die gesetzliche Krankenversicherung ist keine Kostenstelle, sondern ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine stabile Finanzierung, eine starke solidarische Basis und eine klare Regulierung wirtschaftlicher Interessen sind entscheidend, um das System zukunftsfest zu

Anmeldefrist: 12. Mai 2026



Für ver.di-Mitglieder kostenfrei

machen.

Wir konfrontieren die Gesundheitsminister\*innen in Hannover mit unseren Vorstellungen für ausreichendes Personal und für eine solidarische Finanzierung von Gesundheit und Pflege.

Wir fahren am 9. Juni um ca. 16 Uhr ab ver.di haus in Saarbrücken ab, der Bus wird gegen 16:45 Uhr in Homburg sein. In Hannover übernachten wir im Hotel. Am 10. Juni nehmen wir an der Demo und der Protest-Kundgebung teil und fahren gegen 16 Uhr zurück ins Saarland.



*Unser Foto zeigt diskutierende ver.di-Aktivist\*innen mit dem saarländischen Gesundheitsminister Dr. Magnus Jung am 5. Juli 2023 in Friedrichshafen am Bodensee anlässlich der Konferenz der Gesundheitsminister\*innen.*

ver.di auf Verbändeanhörung:

# Kampfansage abwehren

Anlässlich der Verbändeanhörung am 20. April 2026 zum Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung kritisiert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wesentliche Sparvorschläge der Bundesgesundheitsministerin heftig. „Das Gesetzespaket ist eine Kampfansage an die Versicherten und Beschäftigten im Gesundheitswesen.“

Alle Erfolge der letzten Jahre, das Gesundheitswesen als Arbeitsplatz attraktiver zu machen, drohen zunichte gemacht zu werden“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Es darf keinen Stellenabbau geben, weder in der Pflege noch in den anderen Berufsgruppen. Genug Personal ist entscheidend für eine gute und sichere Versorgung. Und die Arbeitsbelastung ist in weiten Teilen schon heute viel zu hoch.“ Im vorliegenden Referentenentwurf des Gesetzes ist unter anderem vorgesehen, für Krankenhäuser die volle Refinanzierung des Pflegepersonals am

Bett sowie grundsätzlich von Tariferhöhungen zu streichen. Die Steigerung des Pflegebudgets soll in den kommenden drei Jahren sogar noch niedriger sein als die allgemeine Lohnkostenentwicklung. Gleiches gilt für die Personalausgaben in der ambulanten Pflege, in Reha-Einrichtungen und Psychatrien.

„Der Gesetzentwurf ist nichts weniger als ein Paradigmenwechsel. Bisher richtet sich die Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten, künftig sollen willkürliche finanzielle Vorgaben der Maßstab sein“, kritisierte Bühler. Insgesamt habe das Kürzungspaket eine gewaltige soziale Schieflage. „Versicherte werden durch höhere Zuzahlungen und Leistungskürzungen belastet. Das trifft sozial benachteiligte Menschen besonders hart“, erklärte die Gewerkschafterin. „Eine lange Krankheit belastet schon genug, da braucht es nicht auch noch weitere finanzielle Sorgen.“

„Die Krankenhäuser tragen im Referentenentwurf den weitaus größten Teil der Einsparungen, während sich die Bundesregierung selbst einen schlanken Fuß macht“, so Bühler. „Dabei müsste der Bund allein für die Finanzierung der Beiträge von Bürgergeldbeziehenden jährlich rund zwölf Milliarden Euro zahlen, die den Versicherten derzeit systemwidrig aufgebürdet werden.“ Das habe die Finanzkommission Gesund-



heit auch vorgeschlagen, im Referentenentwurf finde sich dieser überfällige Schritt allerdings nicht.

„Keine Frage: Strukturelle Reformen im Gesundheitssystem sind nötig – aber nicht so“, sagte die Gewerkschafterin. „Statt einfallsloser Kürzungen, schlechteren Arbeitsbedingungen und einseitiger Belastung der Versicherten braucht es Maßnahmen, die eine gute Versorgung sichern und die Krankenversicherung nachhaltig stabilisieren.“ Ein Kardinalfehler des vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Gesetzentwurfes sei, lediglich die Ausgabenseite zu betrachten. Die Vorschläge für eine nachhaltig bessere Finanzierung lägen lange auf dem Tisch: zum Beispiel die solidarische Einbeziehung aller Einkommensarten, inklusive hoher Aktiengewinne und Mieteinnahmen.

„Die Beschäftigten im Gesundheitswesen werden mit Sicherheit nicht tatenlos zusehen, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird“, betonte Bühler. „Der Bundestag ist dringend aufgefordert, den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten.“

Dass ein Gesetz von solcher Tragweite und Komplexität am Donnerstag vorgelegt werde und die Verbände bis Montagfrüh eine Stellungnahme abgeben sollen, zeuge darüber hinaus von einer Missachtung demokratischer Spielregeln.

## Druck aus Belegschaft und Region zeigt Wirkung

# Kinderklinik Kohlhof bleibt erhalten

Der Standort der Kinderklinik Kohlhof bleibt erhalten. Die Geburtshilfe, Pädiatrie und das Sozialpädiatrischem Zentrum wird weitergeführt und soll gezielt ausgebaut werden. Gleichzeitig wird das Diakonie-Klinikum in der Innenstadt Neunkirchen durch die Bündelung zentraler Bereiche gestärkt.



Für ver.di ist das ein wichtiges Signal für die Beschäftigten, für die Menschen in der Region und für den Erhalt einer verlässlichen Gesundheitsversorgung.

Dass diese Entscheidung jetzt auf dem Tisch liegt, ist auch das Ergebnis monatelangen Drucks aus der Belegschaft, aus der Region und aus der Bevölkerung. Beschäftigte, Gewerkschaft und viele Unterstützerinnen und Unterstützer haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Schwächung der stationären Versorgung in Neunkirchen nicht akzeptabel ist und insgesamt eine Schwächung der Gesundheitsversorgung im Saarland darstellen würde.

Für ver.di zeigt sich daran, wie wichtig öffentlicher Druck und das beharrliche Engagement der Beschäftigten sind. Die jetzt gefundene Lösung trägt den Interessen der Region Rechnung und sichert zentrale Angebote der wohnortnahen Versorgung für Kinder, Jugendliche und Familien.

Zugleich macht ver.di deutlich, dass mit der Entscheidung über die künftige Struktur noch nicht alle Fragen geklärt sind. Mit dem spezialisierten Stand-

ort Kohlhof für Kinder- und Familienmedizin und einem gestärkten Diakonie-Klinikum in der Innenstadt entstehen zwei wichtige Säulen der Gesundheitsversorgung in Neunkirchen. Entscheidend wird nun sein, wie die angekündigten Planungen konkret umgesetzt werden.

Christian Umlauf, Bezirksgeschäftsführer von ver.di Region Saar Trier, erklärt: „Dass der Standort Kohlhof bleibt, ist ein bedeutender Erfolg. Dieser Erfolg ist vor allem dem großen Engagement der Beschäftigten und dem breiten Rückhalt in der Bevölkerung zu verdanken. Jetzt kommt es darauf an, die Pläne transparent umzusetzen, die Beschäftigten einzubeziehen und gute Arbeitsbedingungen zu sichern. Klar ist auch: Wenn in Kohlhof Stellen wegfallen, werden wir das sehr kritisch begleiten. Der Ausbau ambulanter Angebote und eine verlässliche Finanzierung bleiben zentrale Aufgaben.“

ver.di begrüßt, dass die Stimmen aus der Region in die Entscheidungsfindung des Gesundheitsministeriums eingeflossen sind. Jetzt müssen den Ankündigungen verlässliche Schritte folgen, damit aus der Entscheidung auch dauerhaft Sicherheit für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten wird.



Jetzt Protest organisieren

# Protest aus den Kliniken

Mit drastischen Worten warnen betriebliche Interessenvertretungen aus Krankenhäusern vor den Folgen der geplanten Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Betriebs- und Personalräte die insgesamt rund 323.000 Krankenhausbeschäftigte vertreten, appellieren in einem Protestbrief an die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen, den Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums in der vorliegenden Form nicht zu beschließen. Andernfalls drohten „dramatische Folgen für die Versorgungsqualität und -sicherheit“.

Besonders in der Kritik stehen bei den Arbeitnehmervertretungen die geplante Deckelung des Pflegebudgets und die Aussetzung der vollständigen Refinanzierung von Tarifsteigerungen. Diese Maßnahmen würden dazu führen, dass Krankenhäuser steigende Kosten dauerhaft auf dem Rücken der Beschäftigten ausgleichen. „Alle Erfolge der letzten Jahre, das Gesundheitswesen als Arbeitsplatz attraktiver zu machen, drohen zunichte gemacht zu werden“, heißt es in dem Schreiben. Die Bundesregierung riskiere sehenden Auges, „dass der Arbeitskräftemangel durch verschlechterte Arbeitsbedingungen forciert und Personal in den Leistungsbereichen abgebaut wird“. Genuß Personal sei jedoch die entscheidende Voraussetzung für eine gute und sichere Krankenversorgung.



**Alle Erfolge der letzten Jahre  
drohen zunichte  
gemacht zu werden**

Wenn die Vorschläge so wie vorgelegt vom Bundestag verabschiedet werden, dann betrifft das konkret auch die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. Aufgrund der Ankündigung der zukünftig nicht vollen Refinanzierung der Tarifverträge sind z.B. u.a. die Tarifverträge zur Entlastung aber auch die schuldrechtliche Vereinbarung an der Uniklinik gefährdet. Sylvia Bühler kündigte deshalb am 29. April vor dem Bundeskanzleramt an: „Von Garmisch bis nach Westerland Krankenhausaufstand!“, denn dieser Gesetzentwurf ist ein Schlag ins Gesicht für die Beschäftigten aller Berufsgruppen, die mit immensm Einsatz Tag und Nacht die Krankenhäuser am Laufen halten

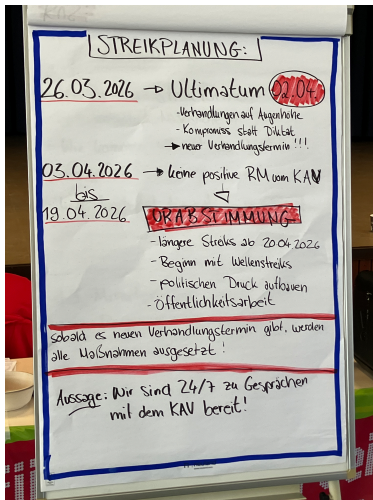


**TV-N Saar:**

# Mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen erkämpft

In der fünften Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im saarländischen Nahverkehr (TV-N Saar) ist heute nach mehreren intensiven Wochen eine Einigung erzielt worden. Das Ergebnis wird nun den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt, die bis zum 5. Mai über die Annahme entscheiden können.

Der Weg zu dieser Einigung war lang und anspruchsvoll. Maßgeblich geprägt wurde er durch das starke Engagement und die Entschlossenheit der Beschäftigten in den Betrieben. Ihr Einsatz und Durchhaltevermögen haben diesen Verhandlungserfolg erst möglich gemacht.



Die Einigung sieht eine schrittweise Erhöhung der Entgelte über eine Laufzeit von 36 Monaten vor. Ab April 2026 steigen die Entgelte um 3,0 Prozent, mindestens jedoch um 110 Euro. Ab Mai 2027 folgt eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent, ab April 2028 eine zusätzliche Steigerung um 2,5 Prozent. Insgesamt ergibt sich damit eine Entgeltsteigerung von 8,3 Prozent. Zudem

wurde vereinbart, dass das Einstiegsgehalt in der Entgeltgruppe 5, Stufe 1, ab dem 1. April 2028 bei 3.450,87 Euro liegen wird.

Auch im Manteltarifvertrag konnten wichtige Verbesserungen erreicht werden. Dazu zählen ein zusätzlicher Urlaubstag für Vollzeitbeschäftigte, die Begrenzung des Pausenabzugs auf maximal 30 Minuten, eine Vorfeiertagszulage sowie Anpassungen bei den Ruhezeiten. Der Manteltarifvertrag hat eine Laufzeit von 48 Monaten.

„Dieses Ergebnis ist kein Geschenk der Arbeitgeber. Es ist das Resultat von Druck, Entschlossenheit und dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten. Wochenlang haben sie gezeigt, dass sie bereit sind, für



ihre Forderungen zu kämpfen. Diese Geschlossenheit hat heute den Ausschlag gegeben“, erklärt Janosch Fegert, ver.di-Verhandlungsführer für den TV-N Saar.

ver.di bewertet die Einigung als wichtigen Schritt für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen im saarländischen Nahverkehr.

„Die Beschäftigten halten den Nahverkehr im Saarland jeden Tag am Laufen. Sie verdienen Respekt, faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die ihrer Verantwortung und Belastung gerecht werden. Dieser Abschluss zeigt eindrucksvoll, dass sich Zusammenhalt, Organisation und Streikbereitschaft auszahlen“, so Fegert weiter.



Senkung der Energiesteuer und Einmalzahlung:

# Ein einziger Bluff

**1.000 € als Einmalzahlung bringen wenig, wenn Unternehmen sie nicht freiwillig zahlen. Statt bloßer Symbolpolitik brauchen wir einen wirksamen Preisdeckel für Kraftstoffe.**

Am 13. April 2026 einigte sich der Koalitionsausschuss auf ein Energiesofortprogramm als Reaktion auf anhaltend hohe Spritpreise. Kernmaßnahmen: eine Senkung der Energiesteuer auf Diesel und Benzin um 17 Cent, eine freiwillige steuer- und abgabefreie Arbeitgeberprämie von bis zu 1.000 Euro.



Die Energieriesen freuen sich. „So schnell wird das generelle Preisniveau, das wir vor dem Iran-Konflikt hatten, nicht zurückkehren“, sagte der Vorstandschef von Eon-Energie Deutschland, Filip Thon, der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung am 13. April. Im laufenden Jahr hätten sich die Preise beim Gas in der Spitze um 75 Prozent, beim Strom um 35 Prozent erhöht. Weil sich die Versorger allerdings schon heute die Kontingente für morgen sichern, drohen den Kunden selbst im Entspannungsfall hohe Rechnungen. „Für das nächste Jahr haben wir schon Preisanstiege im Energiegroßhandel um 60 Prozent beim Gas und 20 Prozent beim Strom gesehen“, bemerkte Thon.

Die Koalition lässt sich von den Mineralölkonzernen vorführen, indem sie weder deren Gewinnmargen begrenzt noch die Übergewinne konsequent besteuert. Der Tankrabatt allein nützt vor allem Menschen mit hohem Einkommen und viel Fahrleistung – sozial Schwächere ohne Auto gehen leer aus. Dass die Koalition dennoch auf diese Maßnahme setzt, erklärt sich auch durch den Blick auf die Stimmungslage: Laut einer repräsentativen Studie des Nürnberger Instituts für Marktentscheidungen (NIM) vom März

2026 befürworten 42 Prozent der Bevölkerung Steuerersenkungen auf Energie als bevorzugte Entlastungsmaßnahme – mehr als jede andere Option. Ökonomisch effizient ist das nicht, gesellschaftlich akzeptiert schon.

ver.di fordert in der aktuellen Lage die Aufstockung der Pendlerpauschale um ein entfernungsabhängiges Mobilitätsgeld von zusätzlich 17 Cent auf insgesamt 50 Cent pro Kilometer, das monatlich mit der Lohnsteuer verrechnet bzw. jährlich ausgezahlt wird. „Nach unseren Vorstellungen würde eine Pendlerin mit 40.000 Euro Jahresbrutto und einem täglichen Arbeitsweg von 33 Kilometern um gut 450 Euro jährlich entlastet, ein Geringverdiener würde mehr als 1.200 Euro erhalten“, so unser ver.di Vorsitzende Frank Werneke und weiter: „Leider lässt sich Schwarz-Rot von den Mineralölkonzernen vorführen. Weder bringt die Koalition den Mut auf, die Gewinnmargen auf Kraftstoffe zu begrenzen, noch gibt es konkrete Pläne, die Übergewinne der Konzerne gesondert zu besteuern. Das ist bitter.“

Auch die geplante Entlastungsprämie überzeugt ver.di nicht in ihrer Konstruktion: Da sie freiwillig ist, entscheiden allein die Arbeitgeber, ob und wie viel sie zahlen. Viele Beschäftigte – gerade in kleinen Betrieben oder ohne Tarifvertrag – werden davon nicht profitieren. Beim Vorgängermodell der Inflationsausgleichsprämie erhielten nur 35 Prozent der Nicht-Tarifbeschäftigten eine Zahlung.

Unser Vorsitzender Frank Werneke findet: „Ein einziger Bluff!“



**Geschichtsvergessen:****Amnesty International kritisiert Bundesregierung**

Amnesty International schlägt gegenüber der Bundesregierung einen harten Ton an. Amnesty wirft der Bundesregierung Mitverantwortung für eine sich verschärfende globale Krise der Achtung der Menschenrechte vor. Die Politik von US-Präsident Donald Trump wirke dabei geradezu als „Brandbeschleuniger“.

Eine Mitschuld trügen „aber auch Regierungen, die Appeasement betreiben, statt dieser Entwicklung eine andere Politik entgegenzusetzen“, kritisierte die Generalsekretärin von Amnesty Deutschland, Julia Duchrow, am 20. April bei der Vorstellung des Jahresberichtes der Menschenrechtsorganisation.

„Dazu gehören die allermeisten EU-Mitgliedstaaten, insbesondere die Bundesregierung“, denn diese stelle Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen über das Völkerrecht und den Menschenrechtsschutz, sagte Duchrow. Das sei „geschichtsvergessen“, denn es schwäche die internationalen Regeln, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden seien. An das Völkerrecht werde „die Axt gesetzt“. Das sei zudem grundgesetzwidrig, denn die Einhaltung des Völkerrechts habe Verfassungsrang.



**KEINE  
MITTELSTRECKEN  
WAFFEN!**

---

**NIRGENDS**

**DEMOS  
SA. 30. MAI**

BUNDESWEITE MOBILISIERUNG

**Grafenwöhr 13.00 Stadtpark  
Wiesbaden 12.30 Hauptbahnhof**

wiesbadener-buendnis.de/ | www.keine-raketen-nach-grafenwoehr.de

**Wer wird der Krise Herr?****Preise gehen durch die Decke**

Ein Resultat der aktuellen Krisen und der wachsenden Rüstungsausgaben ist die Inflation. Dies wiederum führt zu Reallohnverlusten. Die aktuelle Inflation wirkt als Umverteilungsmechanismus, der Vermögen und Kaufkraft von Sparern und Gläubigern hin zu Schuldnern sowie von Haushalten mit niedrigem Einkommen zu Vermögenden verschiebt. Sie verschärft die soziale Spaltung, da einkommensschwache Gruppen durch höhere Energie- und Lebensmittelpreise stärker belastet werden.

Das Leben im Saarland wird immer teurer. Im März lag die Teuerungsrate laut Verbraucherpreisindex des Statistischen Landesamt bei 3 Prozent. Die Saarbrücker Zeitung informierte: Seit 2020 sind im Saarland Lebensmittel um satte 37 Prozent teurer geworden. Auch die Kosten für Mobilität stiegen in sechs Jahren um mehr als ein Drittel.



Sehr viel teurer als noch vor einem Jahr sind dabei insbesondere Fleisch und Gemüse. Die Preise für Rindfleisch steigen im Vergleich zum März 2025 um 10,3 Prozent, für Schwein um 4,8 Prozent und für Geflügel um 9,8 Prozent. Noch höher stiegen die Preise aber für Gemüse, besonders für Tomaten (plus 13 Prozent), Paprika (plus 17,3) und Gurken (plus 11,9). Auch die Eier sind im Saarland im Jahresvergleich um 13,3 Prozent teurer. Enorm teurer wurde im letzten Jahr Kaffee im Saarland. Die schon in den Vorjahren hohen Preise stiegen im letzten Jahr um noch einmal 22,2 Prozent.

Förmlich explodiert sind in nur einem Monat die Verbraucherpreise für Erdölprodukte. Heizöl kostet heute fast die Hälfte mehr als noch im März 2025 (plus 45,4 Prozent). Die Dieselpreise stiegen um 30,4 Prozent, der Preis für Benzin um 18,4 Prozent. Die Ursache dafür ist schnell erkannt. Die Kriege der USA und Israels auf das iranische Regime.





85. Jahrestag des Überfalls  
Deutschlands auf die Sowjetunion

# Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg

Saar – Lor – Lux



**Sonntag, 21. Juni 2026**

**8.00 Uhr**

Fahrt mit dem Bus nach Luxemburg und Frankreich  
Besichtigung Widerstandsmuseum in Esch sur Alzette

Mittagessen in Guinkirchen im Département Moselle  
Fahrt nach Ban-Saint-Jean mit Besichtigung und Führung

**15.00 Uhr**

Internationale Kundgebung an der Stèle du Ban Saint Jean: „85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ mit Gewerkschaftskollegen aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland

Rückkehr in Saarbrücken nach 17.00 Uhr  
Weitere Infos gibt es nach der verbindlichen Anmeldung

**Anmeldung**  
formlos per Mail an [michael@quetting.de](mailto:michael@quetting.de)

Der Schwur von Buchenwald ist uns Leitmotiv und Mahnung zugleich:

**„Nie wieder Krieg.  
Nie wieder Faschismus.“**

Mit diesem internationalen Treffen wollen wir zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Friedenskräfte beitragen.

Aufrüstung und Sozialabbau verlaufen international. Deswegen ist das Eintreten für Abrüstung und Frieden immer internationalistisch und stützt sich auf den Kampf der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften.

**Unsere Losung sei:  
Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter!**



**FEIERT MIT UNS**

**25**  
**JAHRE**

**30. Mai 2026**  
ver.di Haus Saarbrücken

- 🕒 **Beginn: 14:00 Uhr**
- 🕒 **Eröffnung: 15:00 Uhr**
- 🎪 **Spielmobil für Kinder**
- 🍔 **Essen & Getränke**
- 🎵 **Live-Musik am Abend**

**Zur Anmeldung:**

**ver.di region saar trier**

**Impressum:**

**Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand**

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: [christian.umlau@verdi.de](mailto:christian.umlau@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting